

»Gauck ist der Kandidat der Springer-Presse«

SPD, Grüne und FDP haben sich in der Präsidentenfrage für die reaktionärste Variante entschieden. Ein Gespräch mit Albrecht Müller

Interview: Ralf Wurzbacher

>



Albrecht Müller war Wahlkampfleiter der SPD sowie Planungschef im Kanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt. Er ist Buchautor (»Die Reformlüge«, »Machtwahn« und »Meinungsmache«) und Herausgeber des Internetportals NachDenkSeiten.de

Joachim Gauck wird neuer Bundespräsident, und fast alle sind aus dem Häuschen, vorneweg die SPD, die sich damit brüstet, »ihren« Kandidaten durchgesetzt zu haben. Warum halten Sie das für Einbildung?

Gauck ist in Wahrheit der Kandidat der Springer-Presse. Es war vor zwei Jahren der damalige Chefredakteur und heutige Herausgeber der Zeitung Die Welt, Thomas Schmid, der die SPD überhaupt erst auf die Idee brachte, Gauck ins Rennen zu schicken. Dessen Nominierung war aber rein taktischer Art, um die Kanzlerin in Schwierigkeiten zu bringen, und das dürfte auch diesmal das treibende Motiv gewesen sein. Inhaltlich paßt Herr Gauck nämlich rein gar nicht zu dem, wofür die Sozialdemokratie steht. Das Godesberger Programm wäre für diesen Mann doch sozialistisches Teufelszeug.

Alle meinen, Angela Merkel sei die Angeschmierte. Gilt das nicht viel mehr für die SPD?

Merkel ist da ein taktischer Coup gelungen. Gauck wird ein Bundespräsident sein, der ihr in entscheidenden Fragen nicht reinredet, sondern partnerschaftlich zur Seite steht. Ein Beispiel: Frau Merkel läßt sich von einem Mann wie Otmar Issing beraten, der ein Lobbyist der Finanzwirtschaft ist und heute in Diensten von Goldman Sachs steht. Wird Gauck sich hinstellen und sagen, das darf nicht sein? Oder wird er das korrupte Treiben mit der Riester-Rente oder das leidige Schauspiel der Bankenrettung beanstanden und verlangen, daß man auch an die einfachen Steuerzahler, Arbeitnehmer und Erwerbslosen denken muß? Wird er das Wort erheben zugunsten der Real- und zulasten der Finanzwirtschaft? In allen Fällen lautet die Antwort: Nein.

Hat sich die SPD also verzockt?

Ganz eindeutig. Als Oppositionspartei muß man etwas zu kritisieren haben, wenn man an die Macht

will, und ein Präsidentschaftskandidat muß das verkörpern. Gauck ist aber doch das Oberhaupt der Beschöniger. Seine Hauptbotschaft nach der Nominierung lautet: Alles ist gut im Land. Dieser Mann repräsentiert und mobilisiert einfach nicht die Menschen, die die SPD braucht, um Wahlen zu gewinnen – und dazu zählen eben auch Arbeitslose, Obdachlose, Leiharbeiter, Minijobber, Alleinerziehende, Rentner, Leute mit Schulden. Für diese Systemverlierer interessiert sich Gauck doch gar nicht, weil er glaubt, sie sind selbst schuld an ihrer Lage.

Ist Gauck der Bremsklotz für eine Politik für den »kleinen Mann«, gerade auch für den Fall, daß die SPD an die Macht kommt?

Wollte die SPD ihr Programm durchziehen, dann könnte sie das auch gegen den Willen des Bundespräsidenten tun. Der kann schließlich nicht einen flächendeckenden Mindestlohn oder die Einführung einer Vermögensteuer verhindern. Aber natürlich könnte Gauck mit seiner Schönrederei der Verhältnisse eine Atmosphäre schaffen, die es schwerer macht, die Menschen von einer anderen, auf das Gemeinwohl zielenden Politik zu überzeugen.

Aber will die SPD ihr vergleichsweise linkes Programm überhaupt durchziehen?

Das wird sich dann zeigen, wenn sie in Regierungsverantwortung die Möglichkeit dazu hat.

Einstweilen muß die SPD-Führung der Parteibasis »ihren« Kandidaten Gauck verkaufen. Wird das hinhauen?

Auch die SPD-Basis ist teilweise ein Reflex der Springer-Presse oder des Spiegel. Die liefern Gauck ja auch bereits eine Plattform, um Äußerungen wie die zu relativieren, die »Occupy«-Bewegung sei »albern« oder Sarrazins Thesen seien »mutig«. Das wird auch so manchen Zweifler bei der SPD mit ihm versöhnen.

Von Gauck wird allenthalben erwartet, daß er die Kluft zwischen Regierenden und Regierten schließt. Was denken Sie?

Das ist doch Gerede. Die Spaltung zwischen denen, die es gut haben in diesem Land, und denen, die sich in ihrer Not gar nicht mehr artikulieren, wird dieser Präsident auf keinen Fall überwinden. Dieser Mann bekommt doch gar nicht mit, daß die Demokratie gefährdet ist, daß die Pressefreiheit die Freiheit von 200 Leuten ist, ihre Meinung zu verbreiten, und daß er deren Produkt und Repräsentant ist. Wahrscheinlich weiß er nicht einmal, daß die BRD laut Grundgesetz ein Sozialstaat ist.